

Frauen an die Arbeitsplätze

Mit Individualbesteuerung und Tagesschulen will Johann Schneider-Ammann Frauen zur Arbeit motivieren

Der Wirtschaftsminister konkretisiert seine Pläne gegen den Fachkräftemangel. Er will mit Steuerreformen, mehr Tagesschulen und Teilzeitjobs zusätzliche Frauen in die Arbeitswelt integrieren.

Von Daniel Friedli

Seit dem 9. Februar und der Abstimmung über die Initiative gegen die Masseneinwanderung ertönt der Ruf von allen Seiten: Die Schweiz muss wieder mehr inländische Fachkräfte mobilisieren und dabei auch das Potenzial der vielen gut ausgebildeten Frauen besser nutzen. Nun konkretisiert Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, wie er dieses Ziel erreichen will: Mit steuerlichen Reformen für Ehepaare, mehr Engagement für Tagesschulen und einer Verpflichtung für Arbeitgeber, mehr Teilzeitstellen anzubieten.

Enthalten sind diese Vorschläge im jüngsten Massnahmenplan zur Fachkräfte-Initiative. Diesen hat das Wirtschaftsdepartement in den letzten Monaten erarbeitet und der Begleitgruppe mit Vertretern aus Bund, Kantonen und Sozialpartnern zugestellt. Nachdem diese Woche ein ermutigendes Echo zurückgekommen ist, will Schneider-Ammann seine Pläne noch im September dem Bundesrat vorlegen.

Steuerliche Hürden beseitigen

Der erste Schwerpunkt betrifft dabei die Steuerpolitik, genauer die gemeinsame Veranlagung von Ehepaaren. Trotz speziellen Abzügen führt diese Praxis immer noch dazu, dass etliche Ehepaare mit zwei Einkommen höher besteuert werden als unverheiratete Paare, was für sie den Anreiz zur Erwerbstätigkeit senkt. Schneider-Ammann nimmt darum nun einen neuen Anlauf, um diese «Heiratsstrafe» zu beseitigen. Dabei setzt er auf den Wechsel zur Individualbesteuerung, bei der jeder Partner getrennt nach seinem Einkommen besteuert wird. Konkret soll der Bundesrat Finanzministerin Widmer-Schlumpf den Auftrag erteilen, auch diese Variante noch einmal neu aufzugreifen.

Der Vorschlag ist insofern bemerkenswert, als sich die Landesregierung vor etwas mehr als einem Jahr für einen anderen Weg entschieden hat. Sie sprach sich damals für eine Volksinitiative der CVP aus, welche die Heiratsstrafe ebenfalls abschaffen, gleichzeitig aber die Individualbesteuerung verunmöglichen will. Schneider-Ammann hofft nun of-



Nicht nur in der Medizin sollen vermehrt einheimische Frauen den Fachkräftemangel beheben helfen.



Johann Schneider-Ammann propagiert den Wechsel zur Individualbesteuerung, um mehr Fachkräfte zu gewinnen.

fenbar, dass dieses Begehren rasch Schiffbruch erleiden möge. «Nach einem allfälligen negativen Entscheid (...) ist der Bundesrat wieder frei, eine Neubeurteilung vorzunehmen und entsprechend zu handeln», heisst es im Papier aus seinem Departement.

Weiter setzt der Wirtschaftsminister auf einen Ausbau der Angebote für externe Kinderbetreuung. Er will eine Arbeitsgruppe einsetzen, die sich vertieft mit der Finanzierung von Tagesstrukturen für Kinder ab vier Jahren befasst. Dazu gehört auch die Prüfung einer «stärkeren Beteiligung durch den Staat (eventuell mit Betreuungsgutscheinen)». Die Kantone will er anhalten, sich noch deutlicher als im Harnos-Konkordat auf ein geeignetes Betreuungsangebot zu verpflichten. Dieses Angebot könnte sodann über ein Monitoring kontrolliert werden. Und schliesslich möchte der FDP-Magistrat den Einsatz von Zivildienstleistenden in Kinderkrippen forcieren, «um die Kosten der Tagesstrukturen zu senken». Zivis können schon heute in Horten und Krippen als Betreuer und Helfer eingesetzt

werden. Die Einsätze in diesem Bereich liegen aber mit 80 000 Diensttagen offenbar noch unter dem, was der Bund als möglich erachtet.

Heftige Debatten im Detail

Zwei weitere Massnahmen richten sich sodann an die Arbeitgeber und ihre Verbände. Schneider-Ammann will sie dazu anhalten, noch mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse von Eltern und älteren Arbeitnehmern zu nehmen. Dabei schwebt ihm die Unterzeichnung einer Charta für familien- und altersfreundliche Arbeitsbedingungen vor, in der sich Sozialpartner und Behörden gemeinsame Ziele setzen. Zudem sollen die Arbeitgeber zu konkreten Massnahmen verpflichtet werden, zum Beispiel zur Teilnahme an bestehenden Initiativen zum Thema Arbeiten im Alter. Dazu schränkt das Departement indes ein, dass «keine raschen Ergebnisse zu erwarten» seien, da der gewünschte Kulturwandel wohl eine gewisse Zeit brauche.

Mit diesen Vorschlägen nimmt Schneider-Ammann den politischen Druck auf, seine In-

Schneider-Ammann will die Arbeitgeber verpflichten, noch mehr Rücksicht auf Eltern und ältere Arbeitnehmer zu nehmen.

itiative rascher und konkreter als bisher voranzutreiben. Im Grundsatz hat er dafür breite Unterstützung, wie sich auch am Freitag anlässlich der Von-Wattenwyl-Gespräche zeigte. Im Detail dürften die Vorschläge des Wirtschaftsministers indes noch für heftige Debatten sorgen. Gegen die Individualbesteuerung etwa wehren sich die traditionsbewussten Parteien CVP und SVP nach Kräften. Und die zusätzliche finanzielle Förderung von Tagesstrukturen dürfte auch bei einigen FDP-Mitgliedern einen schweren Stand haben. Die Preisinnigen setzen in diesem Bereich auf höhere Steuerabzüge und den Abbau bürokratischer Vorschriften.

CVP

Volksinitiative als Druckmittel

CVP-Präsident Christophe Darbellay krebst zurück. Am Sommer-Parteitag der CVP im luzernerischen Sempach sagte er in seiner Rede am Samstag, eine Volksinitiative stehe nicht im Vordergrund. Dies, obwohl er noch vor wenigen Wochen hatte verlauten lassen, seine Partei werde im Wahljahr 2015 auf jeden Fall eine solche lancieren. Nun drückt er sich allerdings vorsichtiger aus. Eine Initiative sei nicht zwingend, sondern vielmehr die letzte Möglichkeit, «ultima ratio», sollte die CVP ihre Anliegen im Parlament nicht durchbringen.

«Ich verstehe nicht ganz, weshalb die Medien nun unsere Partei für die Plut an Initiativen verantwortlich machen», sagte Darbellay. Die CVP habe in hundert Jahren drei Initiativen lanciert. Andere Parteien täten dies in einem Monat - ein Seitenhieb an die SVP, welche jüngst mit Ideen für zwei neue Initiativen für Schlagzeilen sorgte. Vorerst will die CVP also keine Initiative starten, dafür stehen zwei Resolutionen im Zentrum, die der-

Christophe Darbellay



Eine Initiative will der CVP-Präsident nur lancieren, wenn die Partei ihre Anliegen im Parlament nicht durchbringt.

einst aber eine Initiativ-Grundlage bieten könnten. Die Parteilösung genehmigte diese diskussionslos und praktisch einstimmig. Die eine Resolution will die Abschaffung der Krankenkassenprämien für Kinder. Ein Anliegen, das die CVP an ihrem letzten Sommer-Parteitag beschlossen hatte und das sie im Parteiprogramm verankert hat. Eine parlamentarische Initiative dazu wird zurzeit in den eidgenössischen Räten behandelt.

Die zweite Resolution, die «Arbeitsplatz-Resolution», befasst sich mit den Folgen der Zuwanderungsinitiative. Die

CVP spricht sich klar für den Erhalt des bilateralen Wegs aus, «eine Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens kommt nicht in Frage», sagte Darbellay.

In der Resolution verlangt die Parteilösung, dass die Zuwanderungsinitiative so umgesetzt wird, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und der Zugang zum EU-Binnenmarkt nicht gefährdet sind. Weiter will die CVP, dass das in der Schweiz vorhandene Potenzial hinsichtlich Talent und Arbeitskraft besser ausgeschöpft werde. Diese Forderung teilt Parteipräsident Darbellay: «Ich erwarte von der Wirtschaft Taten», sagte er. Sie müsse vermehrt nach inländischen Fachkräften suchen.

Diese Ansicht vertritt auch Bundesrätin Doris Leuthard. Die Arbeitsplatz-Resolution biete Hand für eine konstruktive Umsetzung der Zuwanderungsinitiative, sie sei ein Instrument gegen die Polarisierung. «Ich hätte mir allgemein mehr solche Vorschläge erhofft, nicht zuletzt auch von der Wirtschaft. In

dieser Hinsicht bin ich von dieser Seite etwas enttäuscht», sagte Leuthard in Sempach.

In der Resolution betraut die Basis die Parteilösung zudem mit einem Auftrag, «parteiübergreifend Allianzpartner zu finden». Gerüchte um ein mögliches Bündnis zwischen BDP, CVP und SP bestätigte Christophe Darbellay allerdings nicht. Auch die Frage nach einer Union von BDP und CVP liess Darbellay unbeantwortet. Man führe Gespräche und prüfe alle möglichen Formen der Zusammenarbeit. Der Auftrag der Parteilösung hingegen ist klar: Die Zuwanderungsinitiative soll so umgesetzt werden, dass der Schweizer Wohlstand nicht gefährdet wird. Dessen will sich die CVP nun annehmen. «Wir planen für den Herbst eine Reihe von Vorstößen, mit denen wir die Resolution umsetzen können», sagte Darbellay, ohne konkrete Umsetzungs-Ideen zu nennen. «Sollten diese nicht durchkommen, dann klepft's.» Heisst übersetzt: Dann wird eine Initiative lanciert. Kathrin Alder, Sempach

Zuwanderungs-Kontingente

Ansturm von kroatischen Arbeitnehmern bleibt aus

Seit dem 1. Juli gewährt die Schweiz kroatischen Staatsangehörigen, die sich hier niederlassen wollen, separate Kontingente. Diese belaufen sich auf 50 Jahresaufenthaltsbewilligungen und 450 Kurzaufenthaltsbewilligungen pro Jahr.

Zahlen des Bundesamtes für Migration (BFM) zeigen nun, dass ein Ansturm auf die Bewilligungen ausbleibt. So wurden im Juli 8 Bewilligungen für Kurzaufenthalter ausgestellt, die gewährten Jahresaufenthaltsbewilligungen belaufen sich gerade einmal auf 3. Wie ein BFM-Sprecher sagt, handelt es sich dabei nicht um neu eingereiste Personen, sondern lediglich um solche, die seit Juli über das separate Kontingentsystem für Kroaten abgebucht werden.

Separate Kontingente hätte die Schweiz Kroaten in einer Übergangphase auch dann gewähren müssen, wenn sie das Protokoll zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroaten unterzeichnet hätte. Dies wollte der Bundesrat ursprünglich tun, dann sagte das Volk am 9. Februar allerdings Ja zur

Zuwanderungsinitiative der SVP und somit Ja zu einer Begrenzung der Zuwanderung mittels Kontingenten. Unmittelbar nach der Abstimmung kam der Bundesrat deshalb zum Schluss, dass eine Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroaten nicht möglich sei. Dies insbesondere deshalb, weil das Zusatzprotokoll nach Ablauf von zehn Jahren die volle Freizügigkeit vorgesehen hätte.

Als Reaktion auf den Bundesratsbeschluss blockierte die EU die Verhandlungen über das Forschungsprogramm «Horizon 2020» sowie das Studentenaustauschprogramm «Erasmus+». Der Bundesrat suchte daraufhin nach einer Lösung, die Diskriminierung Kroatiens gegenüber den anderen EU-Mitgliedern zu beseitigen. Ende April beschloss er, den kroatischen Staatsangehörigen separate Kontingente im Rahmen der Zulassung von Drittstaaten-Angehörigen zu gewähren. Dadurch konnten auch die Gespräche in den Dossiers Forschung, Bildung und Strom wiederaufgenommen werden. (ald.)